

emokratisierung

Demokratie bedeutet im klassischen Sinne die Selbstregierung der BürgerInnen und zielt auf die Selbstbestimmung der Menschen. Unter Demokratisierung wird sowohl die Herstellung demokratischer Verhältnisse als auch ihre Weiterentwicklung verstanden. In einem weit gefassten Sinne zielt Demokratisierung auf die (Wieder-) → Aneignung von Politik sowie den Abbau von Herrschafts-, Ausgrenzungs- und Unterdrückungsverhältnissen. Demokratisierung steht für eine Ausweitung politischer Teilhabe unter Beteiligung aller. Wenn gegenwärtig von bürgerlich-liberaler Demokratie die Rede ist, herrscht in der Regel ein auf formale → Gleichheit, das parlamentarische Prozedere und die staatlichen Institutionen begrenztes Demokratieverständnis vor. Zu Zeiten der Weimarer Republik, in der grundlegende demokratische und → soziale Rechte erkämpft wurden, war die Koexistenz kapitalistischer Wirtschaft und politischer Demokratie noch Gegenstand großer politischer Kontroversen. Streitpunkt war, inwieweit die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse und die damit verbundene soziale Ungleichheit und (Klassen-)Herrschaft eine Grenze der bürgerlich-liberalen Demokratie markieren. Mit Demokratisierung war insofern nicht nur die Befreiung von obrigkeitsstaatlicher Herrschaft gemeint. Zur Entscheidung stand die Organisationsform des politischen Gemeinwesens als repräsentativ-parlamentarische Demokratie oder als → Rätedemokratie, die auf → basisdemokratischen Strukturen beruht, die sozialen Voraussetzungen von Demokratie (be-)achtet und keine Sphärentrennung von Ökonomie und Politik vorsieht → Wirtschaftsdemokratie. Noch in der Gründungsphase der Bundesrepublik wurde die Weiterentwicklung der liberalen zur sozialistischen oder sozialen Demokratie gefordert (vgl. Wolfgang Abendroth).

In den 1960er Jahren formulierten die erstarkenden Protestbewegungen, BürgerInneninitiativen und neuen → sozialen Bewegungen weitere scharfe Kritik an der bürgerlich-liberalen Demokratie. Wortführer wie Johannes Agnoli diagnostizierten eine Rückentwicklung der Demokratie, kritisierten das uneingelöste Repräsentationsversprechen und die autoritären Schließungsmechanismen (Notstandsgesetze, Radikalenerlass etc.). In Opposition zur »formierten Gesellschaft« wurde die Demokratisierung aller gesellschaftlicher Bereiche – der Betriebe, der Schulen und Universitäten, der Medien, des Strafvollzugs, der Erziehung, der Familie etc. – eingeklagt und → alternative Lebensformen ausprobiert. Politische → Emanzipation wurde zuvor erst als »Politik in erster Person« und als gelebte → radikaldemokratische

Praxis verstanden. Die Gründung von Kinderläden, selbstverwalteten Betrieben, kritischen Universitäten etc. bewirkte eine Kulturrevolution und führte zur Öffnung der formierten und autoritären Nachkriegsgesellschaft.

Gegenwärtig wird die Forderung der Demokratisierung vor allem von sozialen Bewegungen aus Lateinamerika erhoben. Die Neuerung dabei ist, angeregt durch die mexikanischen Zapatistas, dass Demokratisierung über den nationalstaatlichen Raum hinausweist und sich eine transnationale Kultur des → Widerstandes formiert. Mit radikaler Kritik am Versagen und den zerstörerischen Auswirkungen neoliberaler Politik werden alternative Politikformen gefordert und ausprobiert. Demokratisierung steht bei den Zapatistas für die Einrichtung autonomer Gemeinden sowie basisdemokratischer und dialogischer Politik- und Organisationsformen.

Die → globalisierungskritische Bewegung hat sich insofern als nationalstaatenübergreifende, globale Demokratisierungsbewegung formiert, die gleichzeitig die soziale Frage neu artikuliert und die Demokratisierung europäischer und internationaler Politik verlangt. Zentral ist hierbei auch die Forderung der Re-Demokratisierung und (Wieder-)Aneignung privatisierter Bereiche und Güter, die von der Allgemeinheit geschaffen wurden und → öffentliches Eigentum darstellen. Ziel von Demokratisierung ist außerdem die demokratische Kontrolle politischer Institutionen und Entscheidungsverfahren, die zunehmend von privaten Akteuren (Konzernen, Denkfabriken, Lobbyisten etc.) beeinflusst oder gekapert werden.

»Eine andere Welt ist möglich!« verweist auf das Erfordernis einer anderen Politik. Demokratisierung schließt die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen in den Lebens-, Alltags- und Arbeitsverhältnissen (Rassismus, Sexismus sowie Klassenherrschaft) sowie die Entwicklung von Formen politisch-sozialer Selbst-Organisation und → Kooperation ein. Die Herausforderung ist, dies zu erreichen, ohne dabei die Kritik staatlicher Herrschaft und ökonomischer Unterdrückungs- und Zwangsverhältnisse zu vernachlässigen.

Bettina Lösch

Zum Weiterlesen

- Abendroth, Wolfgang (1967): Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied und Berlin.
- Agnoli, Johannes (1990): Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg.
- Demirović, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster.
- Roth, Roland (1994): Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln.